



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ratsfraktion Remscheid

Remscheid soll Chancen erhalten und sie auch nutzen können

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden
Hans Peter Meinecke anlässlich der
Verabschiedung des Doppelhaushalts
2011 / 2012

in der Sitzung des Rates der Stadt Remscheid
am 24. März 2011.

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sperrfrist: 24.3.2011, 16:15Uhr

Geschäftsstelle
Elberfelder Straße 39
42853 Remscheid
Telefon 02191/927430
Telefax 02191/927432
Email info@rs-spd.de
Internet <http://www.spd-remscheid.de>

Bushaltestelle
Friedrich-Ebert-Platz
Parkplätze (gebührenpflichtig)
Konrad-Adenauer-Straße
Scharffstraße
Elberfelder Straße
Theaterparkplatz

Fraktionsvorsitzender
Hans Peter Meinecke
Stellv. Fraktionsvorsitzender
York Edelhoff
Fraktionsgeschäftsführer
Martin Brink

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, meine Damen und Herren,

Der Doppelhaushalt 2011/2012 der Stadt Remscheid soll heute verabschiedet werden.

Trotz erheblicher Sparanstrengungen weist - wie in den Vorjahren - auch dieser Haushalt mit einem Jahresfehlbetrag von rund 77 Mio. € ein hohes strukturelles Defizit aus.

Auch im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2014 kann dieses strukturelle Defizit leider nicht abgebaut werden. Nach jetzigem Stand wird sich der Fehlbetrag auf 37 Mio € im Jahre 2015 zurückentwickeln. Leider werden wir aus eigenen Kräften den Marsch in die Überschuldung nur stark abbremsen aber nicht verhindern können.

Remscheid geht es, wie der weit überwiegenden Zahl der kreisfreien und der großen kreisangehörigen Städte in NRW:

Als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stürzte der Finanzierungssaldo aller deutschen Kommunen von plus 7,6 Mrd. € in 2008 in 2010 auf etwa minus 15 Mrd. € ab. Das ist eine Verschlechterung in nur 2 Jahren um fast 23 Mrd. € und ein deutlicher Beleg dafür, dass die negative Finanzsituation der Kommunen nicht selbstverschuldet sein kann.

In 2010 mussten von den 396 Städten und Gemeinden in NRW 139, und damit mehr als ein Drittel, einen Nothaushalt aufstellen. 9 Kommunen galten bereits als überschuldet, etwa gleich viele stehen unmittelbar davor.

Auch wenn sich u.a. durch die ersten Modellrechnungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 und anderen Veränderungen unsere bis 2014 geplanten Defizite verringern werden, so ändert dies nichts daran, dass wir weiterhin mit einem nicht genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept leben müssen. Inzwischen ist ja auch die Haushaltsverfügung der Bezirksregierung für den Haushalt 2010 und das Haushaltssicherungskonzept vom Juni 2010 hier eingetroffen. Ich möchte jetzt in dieser Rede nicht weiter darauf eingehen, da wir uns noch intensiv damit beschäftigen werden müssen.

Die Lage ist weiterhin sehr ernst, wer wollte dies bestreiten, aber sie ist nicht mehr ganz so hoffnungslos wie in den letzten Jahren.

Wir können wieder etwas optimistischer in die Zukunft schauen. Hierfür gibt es vier wesentliche Gründe:

1. Die gute wirtschaftliche Entwicklung wird sich auch in Remscheid weiter fortsetzen und zumindest auf der Einnahmenseite etwas Entlastung bringen.

2. Die neue Landesregierung in NRW hat sowohl aufsichtsrechtliche als auch finanzielle Verbesserungen für die Kommunen angekündigt.
3. Und nicht zuletzt der Bund erkennt langsam aber sicher, dass der Möglichkeit, Leistungen zu definieren, auch die Verpflichtung folgen muss, deren Finanzierung sicher zu stellen.
4. Wir haben Mitte vergangenen Jahres mit der Beschlussfassung des Haushaltssicherungskonzeptes begonnen, ernsthaft das Steuer herumzuwerfen. Für die nächsten 10 Jahre haben wir ein ehrgeiziges Personalkostenabbaukonzept beschlossen und in weiten Bereichen des Haushaltes die Ausgaben des Haushalts verringert und die Einnahmen erhöht.

Das Ziel der SPD-Ratsfraktion ist es, in einem überschaubaren Zeithorizont den Finanzhaushalt in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen um daran anschließend die Abschreibungen zu erwirtschaften und aufgelaufenen Schulden bei den Liquiditätskrediten abzubauen.

Für den Doppelhaushalt 2011/2012 sind Jahresergebnisse von 77 Mio und 78 Mio € als Haushaltsfehlbeträge zu erwarten. Also Verbesserungen von 15 Mio und 4 Mio gegenüber der Planung von Oktober 2010.

Die Verringerung der Personalaufwendungen sind dabei der Schlüssel für einen dauerhaften Haushaltsausgleich:

In den Jahren bis 2015 werden wir die Personalaufwendungen einschließlich Nebenkosten um etwa 7,5 Mio € pro Jahr im Verhältnis zu früheren Planungen zurückfahren. Die Gesamtpersonalkosten einschließlich Versorgungsleistungen und Rückstellungen werden auf Grund der genannten Beschlüsse dauerhaft unter der Summe von 100 Mio € bleiben, auch wenn jährlich Kostenerhöhungen durch Tarifvertragsänderungen, sprich Gehaltserhöhungen, unterstellt und berücksichtigt werden müssen. Jedes Zehntelprozent entspricht dabei einer Erhöhung von rund 95.000,- €.

Der pauschale Beschluss des Rates, nur maximal 30% der freiwerdenden Stellen wieder zu besetzen und dabei die Kindergärten, sowie die Feuerwehr aus dieser Regelung heraus zu nehmen, ist in einem überzeugenden Konzept der Verwaltung mit Leben erfüllt worden. Dieses Personalkonzept kann als die Grundlage, als der Kern des bis zum Jahre 2020 geltenden Haushaltssicherungskonzeptes bewertet werden.

Im Namen der Mitglieder meiner Fraktion bedanke ich mich bei der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung für die wirklich überzeugende Arbeit.

Ich möchte aber auch hier nochmals hinzufügen, und das ist der Wille der drei Fraktionen der Gestaltungsmehrheit, dass das Konzept zu einer Kostenverringern und nicht zu einer Kostenverlagerung führen soll. Wir sehen dabei im Wesentlichen den ersatzlosen Wegfall von 260 Stellendurch Aufgabenabbau und Arbeitsverdichtung.

Eine Kompensation durch Sachkosten bzw. Ausgründungen ist nicht unser Ziel und weitgehend zu vermeiden. Ausgründungen und Erhöhung von Sachkosten für den Abbau von Personal sehen wir daher eher additiv zum Personalabbau. Wir werden uns jede einzelne Maßnahme genau ansehen und sehr restriktiv entscheiden.

Anrede,

Wir haben wieder einmal feststellen müssen, dass es ausgesprochen schwierig ist, den Ansatz der Auszahlungen und Aufwendungen im Gesamthaushalt nachdrücklich zu reduzieren.

Neben den hausgemachten eigenen notwendigen Entscheidungen in bestimmten Bereichen die Auszahlungen zu erhöhen, siehe Straßenunterhaltung, Kinderbetreuung in Tagesstätten und Schulen, Medienentwicklungsplan und andere, sind leider jährlich noch größere Steigerungen in den Bereichen der sozialen Leistungen festzustellen.

Die wichtigsten Ausgabenblöcke im Sozialbereich, auf die wir so gut wie keinen Einfluss haben:

1. Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose,
2. die Jugendhilfe,
3. die Eingliederungshilfe für Behinderte und
4. die Grundsicherung im Alter

haben sich in den letzten Jahren mit steigender Tendenz zu Lasten der Kommunen nach oben entwickelt. Ständig steigen die strukturelle Überlastung und die Unterfinanzierung der Kommunen, insbesondere der Großstädte weiter an.

Auch und besonders bei uns in Remscheid. So sind nach der uns vorliegenden Aufstellung innerhalb von drei Jahren, also von 2008 bis 2010, die Sozialtransferaufwendungen um rund 8 Mio € und zwar von 54.941,- auf 62.748,- Mio € gestiegen. Ich kenne keine von uns zu beeinflussende Haushaltsstelle, die andererseits um einen ähnlichen Betrag zu kürzen wäre.

Nur eine nachhaltige Entlastung bei den sozialen Leistungen durch den Bund kann uns in die Lage versetzen, irgendwann wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Bei all den Ausgabensteigerungen, die wir nicht zu vertreten haben, erscheint es schon als eine große, fast zu große Aufgabe, den Haushalt auf dem Stand des Vorjahres zu halten und ihn nicht auszuweiten.

Ich weise in diesem Zusammenhang hiermit die nicht sachorientierte Kritik der IHK an dem Haushaltssicherungskonzept zurück.

*„Remscheid, das heißt wir, sind **nicht** der Auffassung, mit dem ersten nennenswerten (immerhin, sollte dies als Lob zu verstehen sein?) Sparpaket bereits alles Mögliche getan zu haben!“ Nein, wir werden weiterhin, insbesondere*

im Haushaltsvollzug Ausgabendisziplin einfordern und mögliche weitere Kürzungen beschließen.

Wir glauben auch nicht, dass das Land NRW oder der Bund (in großzügiger Weise) die restlichen Sanierungslasten tragen werden und wollen, nein, denn ich bin der Auffassung, dass dies ihre Verpflichtung nach dem Konnexitätsprinzip ist.

Von *wollen* kann hier überhaupt keine Rede sein, *müssen* ist der richtige Ausdruck.

Ich darf daran erinnern, dass nach dem Grundgesetz und der Verfassung des Landes die Kommunen Selbstverwaltungskörperschaften sind.

Das heißt, die Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft werden mit eigenen Mitteln und selbstverantwortlich geregelt.

Bund und Land haben jedoch im Laufe der Jahre aus praktischen Gründen diese grundsätzlichen Aufgaben angereichert durch viele hoheitliche Aufgaben (wie z.B. Ausländerangelegenheiten, Passrecht, Bauordnung, Umwelt-, Landschafts-, Denkmalsbehörden, Aufgaben nach den Sozialgesetzbüchern usw.usw.), aber in den meisten Fällen vergessen, dies auch zu bezahlen.

Diese zugeordneten Aufgaben, die inzwischen den allergrößten Teil der kommunalen Tätigkeit ausmachen, werden entweder nach Weisung oder im Auftrag für den Staat also für Land oder Bund wahrgenommen.

Für ihre Selbstverwaltungsaufgaben (freiwillige Leistungen) nehmen die Städte und Gemeinden eigene Steuern (Grund- und Gewerbesteuern) und Gebühren. Für alles andere müssen angemessene Zahlungen von Bund und Land erfolgen. Das nennt man gemeinhin Konnexität. Also wer bestellt, muss auch bezahlen.

Die Städte, und damit auch Remscheid, haben ein Anrecht auf angemessene Finanzausstattung durch Land und Bund. Das fordern wir ein, nicht mehr und nicht weniger.

Der Verfassungsgerichtshof NRW hat sich in bemerkenswerten Urteilen in jüngster Zeit dem so angeschlossen.

Jedoch nach Meinung der IHK reicht es wohl, wenn die Stadt Remscheid zwei Aufgaben wahrnimmt:

1. hoheitliche Aufgaben des Staates, die im übrigen nicht kommunale Kernaufgaben sind und
2. Wirtschaftsförderung.

Das ist weitgehend absurd. Noch absurder ist die Bemerkung, dass die Stadt die Umsetzung neuer gesetzlicher Aufgaben solange stoppen soll, bis der Gesetzgeber seinen Finanzierungspflichten nachkommt.

Absurd sind aber auch die immer wiederkehrenden Forderungen, dass sich die Stadt so weit wie möglich von ihren Beteiligungen trennen soll, insbesondere

von den Beteiligungen, die Verluste produzieren. Ja, wenn die private Wirtschaft diese Verluste übernehmen würde, wäre das ja ein Thema über das wir reden könnten!

Hier meint die IHK offensichtlich die Stadtwerke mit ihren Verlustbringern H2O und dem ÖPNV. Dass der steuerliche Querverbund der Stadt etwa 3 Mio € Steuerersparnis im Jahr erbringt, hat sich bis zur IHK offensichtlich noch nicht herumgesprochen.

Darüber hinaus sind die Aufgaben der Daseinsvorsorge, die die Kommunen zu erfüllen haben, der IHK offensichtlich weiterhin unbekannt.

Dazu zählt nicht nur der öffentliche Personennahverkehr, die kommunale Grundversorgung mit Wasser und Energie sowie die öffentliche Infrastruktur im weitesten Sinne einschließlich der Kultur.

Nach überwiegender Auffassung aller namhaften Juristen und Staatsrechtler ist jedoch die Daseinsvorsorge die vornehmste Aufgabe einer kommunalen Selbstverwaltung.

Die Selbstverwaltungskörperschaft Kommune mit all ihren von Bund und Land zugeordneten Aufgaben und Ausgaben ist keine Produktionsfirma und wird es auch nicht werden.

Anrede,

dieser Rat hat aber nicht nur die Aufgabe, mittelfristig den Haushalt zu sanieren sondern auch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger Tagespolitik zu betreiben. Dazu gehört natürlich insbesondere die Stadtentwicklung. Das integrierte Stadtentwicklungskonzept ist der politische Schwerpunkt der nächsten Jahre. Wir müssen dafür sorgen, dass genügend Wohnungen in der geforderten Qualität und an der richtigen Stelle gebaut werden, verbunden durch ein Nahverkehrskonzept mit Gewerbe, Einkaufsmöglichkeiten, Bildungs- und Sporteinrichtungen. Wir wollen die Neuentwicklung der westlichen Stadtteile, der Freiheitstraße und des Honsbergs mit der Neuen Mitte als Auftakt.

Wir werden unsere Schullandschaft teilweise neu ordnen müssen. Die Kinder mit ihren Eltern, die jährlich von den Gesamtschulen wegen fehlender Kapazitäten zurückgewiesen werden, verlangen Maßnahmen. Das vor kurzem abgeschlossene Schulanmeldungsverfahren zeigt: Wir haben nach den jüngsten Anmeldezahlen, auf die Schülerzahlen bezogen, ein Gymnasium und zwei Hauptschulen zu viel und eine Gesamtschule zu wenig. Darüber werden wir uns im interfraktionellen Arbeitskreis zur Schulentwicklung in wenigen Tagen unterhalten müssen.

Wir wollen weiterschreiten auf dem Wege zu mehr Ganztagschule bzw.-betreuung. Wir wollen den immer weniger werdenden Kindern durch verbesserte Schulen die Chancen für das weitere Leben erhöhen.

Die SPD-Fraktion will unter dem Vorzeichen der demografischen Entwicklung unserer Bevölkerung und der Abnahme der Anzahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine angepasste leistungsstarke Kultur- und Bildungslandschaft erhalten. Wir wollen dafür sorgen, dass Remscheid weiterhin Chancen erhält und sie auch nutzen kann.

Wir wollen eine positive Grundstimmung in unserer Stadt erreichen und rufen alle auf, daran mitzuwirken.

Remscheid hat es zurzeit strukturell und finanziell schwer, aber wenn wir wollen, können wir gemeinsam die Probleme überwinden. Daran möchte ich mit Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen des Rates, und der Verwaltung mit unserer Oberbürgermeisterin gemeinsam arbeiten.
